# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Giro & Comp., Nr. 1268.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Bankkonto: Gebr. Arnfeld, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,60 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer: 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitnerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitnerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 272 | Dresden, Mittwoch den 23. November 1921 | 32. Jahrg.


## Ungewollte Wirkung der Briandrede

„Frankreich lerne nichts und vergesse nichts", so kabelt der Engländer **Wells** nach London über seine Eindrücke bei der Rede Briands. In der Tat begeht Frankreich genau dieselben Fehler, die Deutschland vor dem Kriege gemacht hat.

Die Engländer in Washington sind der Ansicht, Briand sei in seinen Aeußerungen bezüglich Deutschlands zu weit gegangen und habe die Bedrohung Frankreichs durch Deutschland sehr übertrieben. Frankreich könne sein Heer wesentlich verringern, ohne sich einer wirklichen Gefahr auszusetzen. Selbst in englischen Regierungskreisen hat die Rede, die Briand in Washington gehalten hat, vielfach Befremden erregt. Insbesondere die Angriffe gegen Deutschlands disziplinierte Truppenmacht, worunter man offenbar die Schupo verlebt, werden als überraschend und den Tatsachen nicht entsprechend beurteilt. Man erwartet, daß von maßgebender deutscher Seite alsbald geantwortet werden wird. Auch in Kreisen der Londoner amerikanischen Botschaft wird auf die Notwendigkeit einer offiziellen deutschen Erklärung hingewiesen. Ebenso wurde von amerikanischen Mitgliedern der Konferenz gesagt erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte, daß Deutschland auf die Briandsche Herausforderung und Anweisung seines guten Willens antworten wird. Schon in der Rede von Hughes fanden sich einige Sätze, die Deutschland einladen, seinen Standpunkt selbst zu vertreten. Auch spricht man in Washington bereits davon, daß durch eine Vertretung Deutschlands die Frage der Landabrüstung mehr als bisher in den Vordergrund treten würde.

Es scheint also, als hätte Briand den Bogen überspannt und mit seinen ungerechtfertigten Angriffen gegen Deutschland gerade das Gegenteil von dem erreicht, was er erreichen wollte. Man erwartet anscheinend nunmehr von Deutschland, daß es neue Garantien gibt, die Frankreichs Furcht beseitigen. Man kann es daher nur begrüßen, wenn der deutsche Botschafter in Edmund Thörmann in einer Unterredung erklärte, er glaube, daß Deutschland gewillt sei, einem internationalen Gerichtshof neue Garantien zu geben, um Frankreich die Furcht vor einem neuen Kriege zu nehmen. Er fügte hinzu: Deutschland wünscht zu arbeiten, ohne gestört zu werden und ohne eine Besetzung des Ruhrgebiets befürchten zu müssen. Deutschland sei ferner gewillt, diese Garantien in einer solchen Form zu geben, daß die Welt seine Aufrichtigkeit anerkennen müsse.

Auch Frankreichs Stellung in der Abrüstungsfrage scheint ziemlich verschnupft zu haben. Und das Ersuchen Briands an den Bewaffnungsausschuß, Frankreichs Flotte denselben Tonnengehalt zu gestatten wie den Japanern, wird die Sympathien für Frankreich keineswegs stärken.

In der Landabrüstung versucht es vor allen Dingen Italien, eine Herabsetzung der Heeresstärken herbeizuführen. Das richtet sich sowohl gegen Frankreich wie gegen die nach dem Kriege neu geschaffenen oder umgebildeten Staaten Europas.

Und Japan weigert sich nach wie vor, von seinen Forderungen herunterzugehen. Das gilt sowohl für die Abrüstung wie über China. In dieser Frage ist man zu folgender „Einigung" gekommen:

Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Washington berichtet, hat die Kommission für den fernen Osten folgende Entschließung angenommen:

Die Vereinigten Staaten, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland und Portugal geben die feste Absicht kund,

1. die Souveränität, die Unabhängigkeit, die territoriale und die Verwaltungsintegrität Chinas zu respektieren,
2. China wird die vollkommenste Möglichkeit und die vollkommenste Freiheit haben, sich zu entwickeln und eine feste, wirksame Regierung zu bilden,
3. ihren Einfluß darauf zu verwenden, daß der Grundsatz der Gleichheit für Handel und Industrie für alle Nationen auf dem gesamten Gebiete Chinas sichergestellt werde,
4. sich zu verpflichten, auf den augenblicklichen Umständen keine Vorteile zu ziehen, um Sonderrechte oder Privilegien zu erlangen, die den Rechten der Untertanen oder der befreundeten Staaten Abbruch tun könnten, sich aber auch jeder Handlung zu enthalten, die die Sicherheit der genannten Länder bedrohen könnte.

In Wirklichkeit geht diese „Einigung" — wie die Katze um den heißen Brei — um den eigentlichen japanisch-amerikanischen Gegensatz herum. Denn über die eigentliche Streitfrage, ob die Vereinbarungen auch für die Mongolei und Mandschurei gelten oder auf das eigentliche China beschränkt werden sollen, ist in diesen vier Punkten nichts enthalten.

Der Gegensatz zwischen Japan und den angelsächsischen Staaten wird dadurch noch verschärft, daß jetzt auch offizielle englische Persönlichkeiten öffentlich erklären, die Zeit für die Aufhebung des englisch-japanischen Vertrags sei gekommen, denn die Gefahr des deutschen und des russischen Kaiserreichs bestehe seit langem nicht mehr.

Japan scheint demnach entschlossen zu sein, in keinem Punkt nachzugeben und auch vor einer geschlossenen englisch-amerikanischen Front nicht zurückzuweichen. Damit rückt die Möglichkeit näher, daß es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommt, nachdem der Versuch einer friedlichen Verständigung auf der Konferenz zur Erfolglosigkeit verurteilt scheint. Jedoch halten wir diese Möglichkeit für sehr gering, da Japan bereits zu starke Trümpfe sowohl gegen Amerika wie auch vor allem gegen England in der Hand hat, als daß diese Staaten es zu einem Kriege mit Japan kommen lassen werden.

### Japans Vorschlag endgültig abgelehnt

Der Vorschlag Katos, das japanische Kontingent an Großkampfschiffen zu erhöhen, ist endgültig abgelehnt worden, weil er das ganze Programm der Konferenz umwerfen würde.

## Die hartnäckige Industrie

In den letzten Tagen ist in der Oeffentlichkeit viel darüber hin und her geraten worden, ob der Reichsverband der Industrie auf seinen für das Reich unerträglichen Bedingungen bestehen bleibt oder nicht. Nach einigen Meldungen schien es so, als ob die Industrieleute zum Nachgeben bereit wären. Aus der gestrigen Rede des Reichskanzlers aber ging das Gegenteil hervor. Die Industriellen denken gar nicht daran, dem Reiche entgegenzukommen. Es bleibt bei dem Erpressungsversuch. Der Reichskanzler berichtete gestern, daß die Reparationskommission den Verhandlungen über die Kreditnöte der Industrie ein großes Interesse entgegengebracht habe. Die Herren von der Reparationskommission sehen, daß es der deutschen Industrie gut geht und sie ziehen daraus den freilich nur wenig berechtigten Schluß, daß nun Deutschland auch seine Verpflichtungen leicht erfüllen könnte; dem Reiche bleibt also gar nichts anderes übrig, als alles aufzubieten, um die nächsten Reparationszahlungen zu leisten. Gelingt ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht, so drohen uns neue Sanktionen, und so kommt neues schweres Elend über das deutsche Volk. Das wissen die Herren von der Industrie ganz genau, ein Grund mehr für sie, von ihren Bedingungen nichts nachzulassen.

Den Industriemagnaten scheint die Zeit gekommen zu sein, um ein glänzendes Geschäft auf Kosten der Allgemeinheit zu machen. Die Industrie hat dem Reich das Angebot gemacht, ihm die Eisenbahn, frei von allen persönlichen und sachlichen Lasten, abzunehmen. Bei der Uebernahme der Eisenbahnen gingen die gesamten Schulden der Einzelstaaten in Höhe von 40 bis 43 Milliarden Mark auf das Reich über und außerdem wurden den Ländern noch gewisse Zinsenzuschläge gewährt. Dr. Felix Pinner weist im Berliner Tageblatt darauf hin, daß die Lasten zwar bei Berücksichtigung der gegenwärtigen Erträgnisse der Eisenbahnen recht drückend erscheinen, aber wenn man die Dinge im Lichte der wahrscheinlichen Zukunftsentwicklung betrachte, so käme man zu dem Ergebnis, daß die Industrie Sachwerte, die ein Friedenskapital von annähernd 30 Milliarden Goldmark repräsentierten, für 40 bis 43 Milliarden Papiermark erhielte. Diese 40 bis 43 Milliarden Papiermark haben heute längst nicht mehr den Wert, wie zur Zeit der Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich. Die Privatindustrie, so meint Pinner, würde zweifellos die Macht haben, durch die Zusammenfassung von Industrie und Eisenbahn in der Hand großer Trusts solche Eisenbahnrenten herauszuwirtschaften, daß nicht nur die Defizite beseitigt, sondern auch eine gewisse Verzinsung des Goldmarkkapitals und eine recht ansehnliche Verzinsung des diesem entsprechenden Papiermarkkapitals ermöglicht werde.

So sehen die Leute aus, die seit jeher jede Gelegenheit benutzt haben, um sich als ganz besonders gute deutsche Patrioten aufzuspielen. Vor dem Kriege unterstützte die Schwerindustrie die Alldeutschen, half die Wehr- und Flottenvereine finanzieren und ließ durch ihre Presse die „vaterlandslose" Sozialdemokratie mit Schmutz bewerfen. Während des Krieges war die Großindustrie eine Hauptstütze des Annexionismus. Schon in den ersten Jahren des Krieges machten die industriellen Verbände Eingaben, in denen die Eroberung der halben Welt für Deutschland gefordert wurde. Unter der Mithilfe der Industriemagnaten wurde dann die Vaterlandspartei schmählichen Angedenkens geschaffen, die den Kampf für den sogenannten Sieg- oder Hindenburgfrieden führte und von ihren Leuten jeden als Vaterlandsverräter und Schwächling beschimpfen ließ, der für baldige Herbeiführung eines Verständigungsfriedens eintrat. Jetzt schreien die journalistischen und politischen Kleptschefter derselben Leute über die nationale Würdelosigkeit der Sozialdemokratie und der Regierung, weil diese die Erfüllungspolitik soweit wie möglich durchzuführen suchen, um dadurch schweres Unheil vom deutschen Volke fernzuhalten. Aber es geht nach Meinung der kapitalschweren Industriemagnaten nicht gegen die nationale Würde, wenn sie versuchen, die Not ihres Landes zu einem großen Geschäft zu benutzen.

Von industrieller Seite ist erklärt worden, daß die Ueberschüsse der durch die Privatindustrie rentabel gemachten Eisenbahnen dazu dienen sollen, Zinsen und Tilgung für die gewährten Industriekredite aufzubringen. Die Herren von der Großindustrie können oder wollen scheinbar nicht begreifen, daß die Kredite nur ein Vorschuß auf die Leistungen sein sollen, die die Industrie selbst dem Reiche gewähren soll. Der Gedanke, daß auch sie Opferbringen müssen, geht ihnen nicht in den Kopf.

Es hieße freilich die Industrieleute zu niedrig einschätzen, wenn man annähme, daß sie nur an den materiellen Gewinn denken, den sie einheimsen können, wenn sie erst einmal die Eisenbahnen haben. Noch viel mehr kommt es ihnen jedenfalls auf die große wirtschaftliche und politische Macht an, die sie durch die Eroberung der Eisenbahn in die Hand bekämen.

Wenn nicht alles täuscht, stehen wir jetzt vor einer Entscheidung, die für die Zukunft des deutschen Volkes von der größten Bedeutung sein wird. Soll die wirtschaftliche und politische Macht des sowieso so mächtigen Industriemagnatentums noch vermehrt werden, das deutsche Volk der Willkür einer Handvoll Kapitalgewaltiger ausgeliefert werden? Oder werden die Herren von der Industrie gezwungen werden, ihre Machtgelüste zurückzustellen und dem Reiche das zu geben, was es braucht?

Es gilt jetzt, fest zu bleiben. Der Reichskanzler hat für die nächsten Tage eine Regierungserklärung über die Kredithilfe angekündigt. Das deutsche Proletariat könnte nur von einer Erklärung befriedigt sein, aus der deutlich hervor-

## Vor der Abstimmung in Oedenburg

**Oedenburg, 22. November.** Die Lage im Oedenburger Abstimmungsgebiet gestaltet sich allmählich für Oesterreich günstiger, seit der bisherige Abstimmungskommissar durch den Abstimmungskommissar Peter ersetzt ist, der auch schon die Kärntner Abstimmung leitete. Die Italiener, die das Abstimmungsgebiet besetzt haben, sind ungarnfreundlich, dagegen ist die Volksstimmung im allgemeinen, mit alleiniger Ausnahme einiger Händlerkreise, für Oesterreich. Der wegen des karlistischen Putsches seinerzeit in Haft genommene Oberst Thenburg ist wieder freigelassen worden und arbeitet in Oedenburg für die ungarische Propaganda. Erfreulicherweise beginnt die Wiener Presse endlich auch mit der notwendigen Propaganda, um die Flauheit des Publikums allmählich aufzurütteln, doch bedarf es offenkundig noch sehr weitgehenden Anporns auch von reichsdeutscher Seite, vor allem um die scharfe Hetze der Budapester Presse gegen das Deutschtum im allgemeinen auszugleichen.

•

Der Volksbund der Deutschen aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn, Sitz Dresden, erläßt folgende Kundgebung:

Der Friedensvertrag hat das Burgenland Deutschösterreich zugesprochen. Nachträgliche politische Quertreibereien und Gewaltmaßnahmen militärisch organisierter ungarischer Banden haben die Tätigkeiten militärisch organisierter ungarischer Banden haben die österreichische Republik um ihr gutes Recht zu berauben versucht und die Anordnung einer Abstimmung erzielt, in der man die Zugehörigkeit Oedenburgs samt Umgebung zu Oesterreich durch Terror, Beeinflussungen und Quertreibereien aller Art zu hintertreiben hofft. Die Oesterreicher im Deutschen Reiche ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit erwarten und fordern im Namen der Gerechtigkeit, daß die Mächte ausreichende Vorsorge treffen, damit:

1. die unbedingte Unparteilichkeit der Abstimmungsleitung gewährleistet sei, so daß die Bevölkerung sich frei und unbeeinflußt entscheiden könne;
2. daß die ungarischen Militär-, Gendarmerie- und Finanztruppen entfernt werden und unparteiische internationale Mittel die Freiheit der Abstimmung ermöglichen;
3. daß die von dem ungarischen Terrorismus vertriebenen deutschen Flüchtlinge mitstimmen dürfen.

## Auflösung des Reichstags als Folge der Steuerpolitik?

**Eigene Drahtmeldung**

**Berlin, 23. November.** Heute vormittag traten im Reichstag der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die sozialistischen Parteien zur Beratung von Maßnahmen gegen die augenblickliche Teuerung usw. zusammen. Die „Konferenz der Delegierten", die sich am Dienstag auf eigene Faust in Berlin aus Abgesandten, die beim Reichsjustizminister für eine allgemeine Amnestie eintreten wollten, konstituiert hatte und Zutritt zu den Verhandlungen forderte, ist nicht zugelassen worden. Beschlossen wurde, daß die Delegierten mit den Parteien einzeln verhandeln wollen. Im Verlauf der Sitzung bekrittelten die Unabhängigen das Vorgehen des A. D. G. B., das ihnen nicht schroff genug erschien. Mit den Kommunisten als Partei lehnten unsere Vertreter die Verhandlungen ab. Hermann Müller führte gegenüber den Bemerkungen der Unabhängigen aus, man müsse den Gewerkschaften dankbar sein, daß sie als Gegengewicht gegen die Industrie sofort ihren Standpunkt dem Reichskanzler gegenüber betont haben. Müller wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die einer Sozialisierung durch den Industrieflügel im Zentrum entgegenstehen. Ihm scheine die Auflösung des Reichstags als Folge der gegenwärtigen Steuerpolitik, über die eine Einigung unter den gegenwärtigen Ministern ausgeschlossen zu sein scheine, sehr wahrscheinlich. Ein Rechtsministerium nach dem Ministerium Wirth werde sich kaum halten können. Der Appell an die Wähler sei jedenfalls in aller Kürze zu erwarten. — Bei Schluß der Redaktion tagt die Sitzung fort.

## Partikularistische Hetze der bayrischen Rechtspresse

**Eigene Drahtmeldung**

**München, 23. November.** Auf das von der Bayerischen Staatszeitung gegebene Signal setzt die ganze rechtsbürgerliche Presse mit einer wüsten Hetze dagegen ein, daß der Reichstagsausschuß zur Prüfung des Strafvollzugs seine Untersuchungen auch auf Bayern auszudehnen beabsichtigt. In der Besprechung der mittelparteilichen Interpellation im Landtage erklärte der Abgeordnete Heldt von der Bayerischen Volkspartei, es bestehe die größte Gefahr neuer Erweiterungen der Zuständigkeit des Reichs auf Kosten der Einzelstaaten. Die Reichsgebiete der bayerischen Volksvertretung können sich ein derartiges Vorgehen nicht gefallen lassen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211123/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG